



Wie wählt Arizona?

Bei der US-Präsidentenwahl wird es entscheidend auf den Wüstenstaat ankommen. Und das Rennen ist überaus eng. Seite 3

Immer weniger Spender

Der ukrainische Verein in Hannover schließt eine Sammelstelle. Doch Chefin Oksana Janzen macht weiter. Seite 19



Jetzt ist alles erlaubt
Die Wingenfelder-Brüder bringen ihr letztes Album heraus. Seite 25

FOTOS: ROSS D. FRANKLIN, ELENA RICHERT, OLAF GEBERT

Schätzerkreis: Krankenkassenbeitrag muss 2025 um 0,8 Punkte steigen

Die Krankenkassen gehen schon seit Monaten davon aus, dass der Beitragssatz in der gesetzlichen Versicherung erhöht werden muss: Jetzt gibt es den höchsten Anstieg seit 50 Jahren

Von Tim Szent-Ivanyi

In der gesetzlichen Krankenversicherung müssen die Beiträge im kommenden Jahr so stark steigen wie seit mindestens 50 Jahren nicht mehr. Der sogenannte Schätzerkreis geht davon aus, dass der durchschnittlich von den Kassen erhobene Zusatzbeitrag zum Jahresanfang 2025 um 0,8 Punkte auf dann 2,5 Prozent steigen muss, wie das Bundesamt für Soziale Sicherung (BAS) am Mittwoch nach zweitägigen Beratungen der Experten mitteilte. Zusammen mit dem allgemeinen Beitragssatz von 14,6 Prozent würde dann der insgesamt zu zahlende Krankenkassenbeitrag auf einen Rekordwert von durchschnittlich 17,1 Prozent klettern.

Bei einem Einkommen von brutto 3500 Euro bedeutet die Anhebung für Beschäftigte und Arbeitgeber eine Mehrbelastung von je 14 Euro im Monat. Allerdings wird allgemein damit gerechnet, dass die Pflegeversicherung auch teurer werden muss, und zwar um 0,3 Prozentpunkte. Dann steigt die monatliche

Mehrbelastung in dem Gehaltsbeispiel insgesamt auf jeweils 19,25 Euro.

Im Schätzerkreis sitzen Fachleute aus dem Bundesgesundheitsmi-



Unerklärlich, dass die Gesundheitspolitik der sich immer schneller drehenden Beitragsspirale tatenlos zuschaut.

Doris Pfeiffer,
Chefin des

Krankenkassen-Spitzenverbands GKV

nisterium, dem Finanzministerium, dem Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen und dem Bundesamt für Soziale Sicherung. Der

von ihm angegebene Wert ist allerdings nur eine Rechengröße, denn über den konkreten Beitragssatz entscheiden die einzelnen Kassen selbst. Hier gibt es zunehmende Unterschiede zwischen den rund 95 Kassen. So reicht die Spannweite beim Beitragssatz der bundesweit geöffneten Krankenkassen derzeit von 15,5 Prozent (BKK Firmus, Zusatzbeitrag 0,9 Prozent) bis 17,88 Prozent (KKH, Zusatzbeitrag 3,28 Prozent). Diese Unterschiede könnten im kommenden Jahr weiter wachsen.

Die tatsächliche Anhebung könnte sogar noch stärker ausfallen als von den Experten prognostiziert. Denn viele Kassen müssen ihre Finanzreserven wieder auffüllen, um die gesetzlichen Mindestvorgaben zu erfüllen. Das treibt den Beitragssatz weiter nach oben. Sollte sich außerdem Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) mit seiner Forderung durchsetzen, die Sozialabgaben für Gutverdiener nicht mehr parallel zur Lohnentwicklung wachsen zu lassen, muss der Krankenkassenbeitrag um weitere

0,1 Prozent steigen. Lindner blockiert derzeit die turnusmäßige Anhebung der Grenze, bis zu der Sozialbeiträge gezahlt werden müssen (Beitragsbemessungsgrenze). Damit will er erreichen, dass SPD und Grüne die von ihm geplanten Steuersenkungen zum Ausgleich der Inflation mittragen.

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) begründete den kräftigen Anstieg mit weiterhin hohen Zuwächsen bei Krankenhausleistungen und Arzneimitteln. „Die Kostensteigerungen erzeugen ho-



Wird teurer: Die Beiträge legen die einzelnen Krankenkassen selbst fest.
FOTO: JENS KALAENE (ARCHIV)

hen Beitragsdruck“, erklärte er. Zu möglichen Maßnahmen, um den Rekordanstieg noch zu verhindern oder zu dämpfen, äußerte sich der SPD-Politiker nicht. Er betonte lediglich, die Prognose zeige die Notwendigkeit der von der Regierung beschlossenen Krankenhausreform sowie der Gesetze zur Digitalisierung des Gesundheitswesens.

Die Chefin des Kassen-Spitzenverbandes, Doris Pfeiffer, kritisierte, es sei „unerklärlich, dass die Gesundheitspolitik der sich immer schneller drehenden Beitragsspirale tatenlos zuschaut“. Das gelte erst recht, da für das kommende Jahr auch eine spürbare Anhebung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung drohe.

Der Unions-Gesundheitsexperte Tino Sorge gab der Ampelregierung die Schuld an der Entwicklung. „Der Rekordbeitragsprung ist die Quittung für die Untätigkeit der Ampel“, sagte er unserem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND).

Kommentar
Kritik an Klinikplan

Seite 2
Seite 9

USA üben Druck auf Israel aus

Beirut/Tel Aviv/Washington. Ungeachtet scharfer Kritik aus den USA hat Israel seine Angriffe auf Vororte der libanesischen Hauptstadt Beirut nach fast einwöchiger Pause wieder aufgenommen. Nach einer Evakuierungsaufforderung des israelischen Militärs erschütterte eine heftige Explosion das Viertel Haret Hreik und zwei weitere Orte in den als Dahija bekannten südlichen Vororten Beiruts. Die israelischen Streitkräfte vermuteten dort ein unterirdisches Waffenlager. Die US-Regierung hatte Luftschläge auf Beirut zuvor ungewöhnlich deutlich kritisiert. Sie erhöht nun offenbar den Druck auf Israel. Sollte sich die Situation für die Menschen in dem abgeriegelten Küstenstreifen nicht innerhalb von 30 Tagen spürbar verbessern, drohe ein Verstoß gegen US-Gesetze zur militärischen Unterstützung, hieß es aus Kreisen der US-Regierung in Washington.

Kritik an Netanjahu **Seite 6**

Nato bremst Beitrittsplan der Ukraine

Brüssel. Der neue Nato-Generalsekretär Mark Rutte hat zurückhaltend auf den ukrainischen Wunsch nach einer schnellen Einladung zum Beitritt in das westliche Militärbündnis reagiert. In einer Gipfelerklärung war zuletzt betont worden, dass eine formelle Einladung zum Beitritt erst ausgesprochen werden kann, wenn alle Alliierten zustimmen und alle Aufnahmebedingungen erfüllt sind. Dazu zählen Reformen im Bereich der Demokratie und Wirtschaft sowie des Sicherheitssektors. Gegner einer Nato-Einladung an die Ukraine befürchten eine weitere Eskalation des Ukraine-Krieges.

Selenskyj hatte kurz zuvor seinen aus fünf Punkten bestehenden „Siegessplan“ für die Beendigung des Krieges in Kiew präsentiert – der schnelle Nato-Beitritt steht dabei im Fokus.

Leitartikel **Seite 2**
Selenskyjs „Siegessplan“ **Seite 4**

Land will Strompreis an Ladesäulen senken

Energieminister Christian Meyer (Grüne) legt Förderpläne vor: „Windstrom gibt es fast zum Nulltarif“

Von Elisabeth Woldt

Hannover. Niedersachsens Energieminister Christian Meyer (Grüne) will die Elektromobilität durch vergünstigte Strompreise ankurbeln. Bei der kommenden Energieministerkonferenz am 7. November bringt Niedersachsen einen Antrag ein, der unter anderem günstigeren Strom für Ladesäulen vorsieht. „Den vielen günstigen Windstrom gibt es fast zum Nulltarif“, sagt der Grünen-Politiker gegenüber dieser Redaktion. „Das muss auch beim Laden von Elektroautos ankommen.“

Gerade in Regionen, in denen viel erneuerbarer Strom eingespeist wird, sollten deshalb Strompreisbestandteile wie Netzentgelte für das Laden von E-Autos entfallen oder für die Betreiber rückerstattet wer-

den. Dynamische Stromtarife sollen zudem das Laden von E-Autos an heimischen Ladestationen günstiger machen.

Allein 2023 musste in Deutschland laut Niedersachsens Energieministerium Windstrom im Wert von



Preise runter: Verhilft der niedrigere Preis der E-Mobilität zum Durchbruch?
FOTO: JULIAN STRATENSCHULTE/DPA

rund 3,1 Milliarden Euro abgeregelt werden. Das waren 19 Terawattstunden Strom, die nicht genutzt wurden und mangels Netzen auch nicht in den Süden geleitet werden konnten. Das entspräche etwa 4 Prozent der gesamten Stromerzeugung Deutschlands. Im Gegenzug mussten andere Kraftwerke, deren Energiemengen in diesen Phasen eigentlich nicht benötigt würden, in die Bresche springen. Den Überschussstrom aus der Windenergie will Meyer künftig stärker für das Laden von E-Autos nutzen.

Zudem unterstütze Niedersachsen auch die Bestrebungen des Bundes, Hemmnisse für bidirektionales Laden abzubauen und Anreize für die Nutzung von E-Autos als Stromspeicher zu schaffen. Erweiterte steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten für elektrisch betriebene

Dienstwagen sollen den Zweitwagenmarkt ankurbeln. Niedersachsen fordert zudem, die Stromsteuer auf das europarechtliche Minimum zu senken.

Die Wirtschaftsminister von Niedersachsen, Sachsen, Hessen und Berlin hatten kürzlich zudem für neue Kaufanreize für die deutsche Autoindustrie geworben. Konkret ist die Rede von einem Absatzförderprogramm, „das zuvorderst der heimischen Automobilindustrie zugutekommt und gleichzeitig Mitnahmeeffekte und soziale Ungerechtigkeiten ausschließt“. Darüber hinaus fordern die vier Länderminister unter anderem eine schrittweise statt sprunghafte Absenkung der CO₂-Flottengrenzwerte und niedrigere Energiepreise für die Industrie. Auch der Ausbau von E-Ladesäulen wird gefordert.

WETTER

DO FR SA
19°/11° 18°/12° 18°/11°

KONTAKT

Redaktion (0511) 518-0
Abo-Service (0800) 123 43 04*
Kleinanzeigen (0800) 123 44 01*

*KOSTENLOSE SERVICENUMMERN

www.haz.de
[@HannoverscheAllgemeine](https://www.facebook.com/HannoverscheAllgemeine)
[@haz.de](https://www.instagram.com/haz.de)

Partner im RedaktionsNetzwerk Deutschland

